



<https://biz.li/509t>

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK: RÜCKGANG DER FALLZAHLEN UNTER DAS 10-JAHRES-NIVEAU

Veröffentlicht am 16.03.2025 um 18:05 von Redaktion AltkreisBlitz

Die Polizeidirektion Hannover (PD Hannover) hat heute (14.03.2025) die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2024 veröffentlicht. Die Gesamtkriminalität ist weiter rückläufig und liegt mit insgesamt 110.575 Fällen (2023: 116.462) unter dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre. Die Aufklärungsquote bleibt mit 61,11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2023: 61,29 Prozent) auf gleichbleibendem Niveau. Der Rückgang der Gesamtstrafataten um 5.887 Fälle ist insbesondere auf fallende Zahlen bei Rauschgiftdelikten, Fahrraddiebstählen und einfachen Ladendiebstählen zurückzuführen. Vorsätzliche einfache Körperverletzungen, sonstige einfache Diebstähle und einfache Ladendiebstähle sind der Anzahl nach die häufigsten Straftaten. Letztere bleiben trotz deutlichen Rückgangs weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Im besonderen Fokus steht ein erneuter Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt (+9,87 Prozent), der Gewaltkriminalität (+1,29 Prozent) sowie der Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte (+4,32 Prozent und +33,33 Prozent). Messerangriffe (-0,85 Prozent) und Sexualdelikte (-10,17 Prozent) entwickeln sich indes rückläufig. Erstmals werden für das Jahr 2024 auch Angaben zu den "nicht-PKS-relevanten Delikten" gemacht. Hierbei handelt es sich um Straftaten, deren Erfolgseintrittsort in Deutschland liegt, während die Tatverdächtigen aus Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland agieren. Dies trifft häufig auf bestimmte Formen des Trickbetrugs, wie den Enkeltrick oder Schockanrufe, sowie auf Fälle von Waren- und Warenkreditbetrug im Internet zu. Für das vergangene Jahr wurden insgesamt 11.099 Fälle registriert, die kriminalstatistisch nicht der PKS zugerechnet werden. Parallel zur positiven Entwicklung der Fallzahlen liegt auch ein Rückgang bei den Tatverdächtigenzahlen vor. Insgesamt treten dabei nichtdeutsche Tatverdächtige überproportional häufig und in ansteigender Zahl in Erscheinung. Die Polizeipräsidentin der Polizeidirektion Hannover, Gwendolin von der Osten, sagt: "In mehr als 61 von 100 Fällen konnten wir im vergangenen Jahr Tatverdächtige ermitteln. Damit bewegen wir uns seit einigen Jahren auf konstant hohem Niveau. Allerdings erfordert der weitere Anstieg nichtdeutscher Tatverdächtiger eine differenzierte Betrachtung, gerade auch im Hinblick zukünftiger polizeilicher Maßnahmen. Denn Kriminalität wird nicht durch Staatsangehörigkeit verursacht, die Ursachen sind vielschichtig und komplex - von sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen bis hin zu individuellen Lebenslagen. Der wirksamste Ansatz zur Vermeidung von Straftaten stellt für mich eine gezielte Kriminalprävention dar. Besonders entscheidend ist dabei die soziale Integration, die als wirksamstes Mittel gegen Kriminalität gilt. Wir reagieren umgehend auf polizeiliche Herausforderungen mit an die Lage angepassten Maßnahmen: diese Flexibilität und das hohe Engagement aller Kolleginnen und Kollegen verdient besondere Anerkennung."

Häusliche Gewalt

In der Region Hannover, einschließlich der Landeshauptstadt, ist mit 6.814 Fällen (2023: 6.202 Fälle) erneut ein Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt (+9,87 Prozent) registriert worden. Überwiegend handelt es sich um körperliche Übergriffe, insbesondere Körperverletzungsdelikte. In acht Fällen kam es zu Tötungsdelikten, von denen vier vollendet und vier als Versuch gewertet wurden. Auch wenn hier weiter von einem erheblichen Dunkelfeld ausgegangen werden muss, kann der Anstieg der Fallzahlen maßgeblich auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft der Betroffenen zurückgeführt werden. Es sind umfangreiche Maßnahmen ergriffen worden, um diese Übergriffe zu erkennen, möglichst frühzeitig die Gewaltspirale zu durchbrechen sowie zielgerichtet Beratungs- und Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Hierzu ist die PD Hannover in etablierte Netzwerkstrukturen eingebunden. Zur Bekämpfung häuslicher Gewalt ist es von erheblicher Bedeutung, kriminalpräventive und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen durchzuführen. So wurde u.a. unter Schirmherrschaft von Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten am 25. November 2024 zum ersten Mal der "Orange-Day-Lauf" unter dem Motto "Hand in Hand zusammen und sichtbar quer durch unsere Stadt - für Respekt und Schutz" durchgeführt, an dem mehr als

1.250 Läuferinnen und Läufer teilnahmen und so ein Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen setzten. Im Dezember 2024 unterzeichneten Oberbürgermeister Belit Onay, Regionspräsident Steffen Krach und Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten gemeinsam eine Erklärung zur verstärkten Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt. Dadurch sollen bestehende Strukturen und Sensibilisierungsmaßnahmen optimiert, sowie der rechtliche Schutz und Hilfsangebote für Betroffene weiter intensiviert werden. "Häusliche Gewalt ist ein sehr ernstes Problem in allen Schichten unserer Gesellschaft und darf nicht hinter verschlossenen Türen verdeckt bleiben. Jede und jeder von uns ist aufgefordert, das persönliche Umfeld aufmerksam zu beobachten. Es ist unsere Pflicht, Betroffenen Gehör zu schenken und ihnen die Unterstützung zu bieten, die sie benötigen und gleichzeitig auch die Strafverfolgung zu ermöglichen. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass jede Form von Gewalt in der Familie oder Partnerschaft nicht toleriert wird und dass wir als Gesellschaft entschlossen gegen diese Gewalt vorgehen", so die Polizeipräsidentin.

Gewaltkriminalität und Messerangriffe

Die Auswertung der Gewaltkriminalität bietet eine umfassende Sicht auf schwerwiegende Delikte, die das Sicherheitsgefühl in unserer Gesellschaft stark beeinträchtigen können. Umfasst sind hierbei Straftaten, die sich gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit richten. Hierzu zählen auch Messerangriffe. Dabei handelt es sich um Straftaten, bei denen ein Angriff mit einem Messer unmittelbar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird. Im Jahresvergleich ist ein Anstieg der Gewaltkriminalität um insgesamt 1,29 Prozent auf 5.036 Fälle zu verzeichnen (vgl. 2023: 4.972 Fälle). Gewaltkriminalität wird maßgeblich durch Merkmale persönlicher Lebensumstände wie beispielsweise Gewalterfahrung innerhalb der Familie, Armut und soziale Benachteiligung, geringe Bildung oder fehlende Zukunftsperspektiven, Mangel an positiven sozialen Bindungen, traumatische Erlebnisse sowie Suchtverhalten negativ begünstigt. Neben einer Schwerpunktsetzung bei täterorientierten Maßnahmen wird der festgestellten Entwicklung mit hierauf ausgerichteten Maßnahmen der Gewaltprävention frühzeitig entgegengewirkt, um die erlebte Gewaltspirale möglichst frühzeitig zu durchbrechen. "Die Auswertung der Ergebnisse macht deutlich: Gewalt ist jung und männlich. Auch sind junge Männer eher gefährdet Opfer einer Gewalttat zu werden - auch wenn sie selbst das so nicht einschätzen würden. Frauen hingegen fühlen sich im öffentlichen Raum eher in ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt, haben aber nachweislich ein größeres Risiko in den eigenen vier Wänden Gewalt zu erfahren", bewertet Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten die Zahlen. Die Anzahl der Messerangriffe ist nach Anstiegen in den Vorjahren im Jahr 2024 um sieben Fälle auf nun 815 Taten leicht gesunken, verbleibt aber auf einem hohen Niveau. Die Entwicklung der Anzahl von Messerangriffen ist dabei insbesondere auch im Kontext gezielter Präsenzerhöhungen, der Einrichtung von Waffenverbotszonen sowie umfassender Kontrollmaßnahmen der Landeshauptstadt Hannover, der Bundespolizei und der PD Hannover vor allem im innerstädtischen Bereich zu betrachten. Im engen Austausch zwischen den genannten Akteuren wird die Wirksamkeit der eingerichteten Waffenverbotszonen regelmäßig betrachtet und erforderliche Anpassungen vorgenommen. Eine genauere Betrachtung der 609 festgestellten Tatverdächtigen zu den Messerangriffen führt zu dem Ergebnis, dass davon ein weit überwiegender Teil männlich ist. 308 der Tatverdächtigen sind deutsch. Das konstant hohe Niveau erfordert weitere präventive Maßnahmen, stetige Fortbildung der Polizeikräfte und eine weiterhin starke Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten.

Sexualdelikte

Der Bereich der Sexualdelikte umfasst unter anderem Straftaten wie Vergewaltigungen, sexuelle Nötigung oder das Verbreiten pornografischer Inhalte. Insgesamt ist bei den Sexualdelikten ein leichter Rückgang der Fallzahlen um 248 Fälle im Vergleich zum Vorjahr (2023: 2.439 Fälle) ersichtlich. Die Verbreitung pornografischer Inhalte macht mit 41,4 Prozent einen Großteil der registrierten Fälle aus. Der Anteil von nicht erwachsenen Tatverdächtigen (unter 21 Jahre) beträgt hier mit 45,2 Prozent fast die Hälfte aller Tatverdächtigen. Die Verbreitung pornografischer Inhalte unter Kindern und Jugendlichen hat in den letzten Jahren durch den einfachen Zugang über das Internet stark zugenommen. Bereits im frühen Alter können Kinder und Jugendliche mit solchen Inhalten konfrontiert werden. Mobile Endgeräte, soziale Medien und leicht zugängliche Online-Plattformen begünstigen den Prozess. Um diesen Einflüssen präventiv entgegenzuwirken wird insbesondere im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit unter anderem an Schulen verstärkt auf Aufklärung und Förderung von Mediensicherheit gesetzt. Verschiedene Angebote der PD Hannover von Unterrichtsbegleitungen, Elternabenden bis hin zu Schulungen durch die Präventionsteams der jeweiligen Polizeiinspektionen, Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten und den Beauftragten für Jugendsachen finden dabei regen Anklang. Bei Sexualstraftaten gilt es, die Taten aus dem Dunkelfeld herauszuholen und "sichtbar" zu machen. Dies kann unter anderem durch eine Sensibilisierung und Stärkung der Betroffenen, der Erhöhung des Anzeigeverhaltens oder öffentlichkeitswirksame Ermittlungserfolge gefördert werden. So ist der Polizeidirektion Hannover im September 2024 nach Einrichtung der Sonderkommission "Dia" mit der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg ein gemeinsamer Schlag gegen ein weit verzweigtes Netzwerk von mutmaßlichen

Pädokriminellen gelungen. Dabei konnten überregional diverse Beschuldigte ermittelt und eine Online-Plattform, die unter dem Deckmantel der musikalischen Talentförderung der Kontaktabbauung zwischen Pädophilen und Minderjährigen diente, vom Netz genommen werden. Außerdem konnten durch die Ermittlungen weitere Taten verhindert, zahlreiche Opfer identifiziert und Taten aufgeklärt beziehungsweise ins Hellfeld überführt werden. Polizeipräsidentin von der Osten betont: "Die Bekämpfung der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche stellt einen Schwerpunkt der polizeilichen Ermittlungsarbeit dar und ist für uns von entscheidender Bedeutung, um die Schwächsten unserer Gesellschaft zu schützen. Der Sonderkommission 'Dia' ist es nicht nur gelungen, den anonym agierenden Tatverdächtigen ein Gesicht und einen Namen zu geben, sie hat beispielsweise auch eine Plattform stillgelegt, auf der sich deutschlandweit pädokriminelle Straftäter vernetzt und an unbedarfte Minderjährige herangemacht haben. Durch das konsequente Einschreiten wurden weitere Straftaten und Opferwerdungen verhindert. Das zeigt einmal mehr: Nur durch eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Gesellschaft kann ein starkes Signal gegen Kindesmissbrauch gesetzt werden - gemeinsam müssen wir uns für die Sicherheit und das Wohl von Kindern und Jugendlichen einsetzen!"

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Die Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte steigt auch im Berichtsjahr 2024 mit 1.086 beziehungsweise 68 Taten weiter an. Der Anstieg der Fallzahlen setzt sich dabei aus einer Zunahme um 45 Fälle von betroffenen Polizeikräften und um 17 Fälle von Rettungskräften zusammen. Sowohl die Opferzahlen bei Polizei- als auch bei Rettungskräften weisen damit einen neuen Höchststand auf. Dabei werden den Rettungskräften die Feuerwehren und medizinische Rettungskräfte zugerechnet. Diese negative Entwicklung erfordert neben einer konsequenten Strafverfolgung auch intensive Präventionsmaßnahmen. Regelmäßige Trainings, Fortbildungen zu Einsatztaktiken und Einsatzkommunikation sowie die Verbesserung des Umgangs mit den vorhandenen Führungs- und Einsatzmitteln verfolgt ebenso den Zweck, Einsatzkräfte bestmöglich auf die einhergehenden Herausforderungen vorzubereiten. Auch die Erhöhung der Präsenz an einsatzintensiven Örtlichkeiten und die Aufklärung in den sozialen Medien stellen weitere Maßnahmen in diesem Zusammenhang dar. Einsatzkräften, denen Gewalterfahrungen widerfahren sind, stehen zudem psychosoziale Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung. "Die steigende Gewaltkriminalität gegen Einsatzkräfte ist eine besorgniserregende Entwicklung, die auf Dauer auch eine ernsthafte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen kann. Trotz der bereits initiierten Maßnahmen zum Schutz unserer Einsatzkräfte kommt es immer wieder zu teilweise schwerwiegenden Angriffen mit gravierenden Folgen für die betroffenen Personen", sagt von der Osten. "Wir dürfen es nicht zulassen, dass einige wenige ihre Aggressionen oder ihre Wut an denen auslassen, die Tag für Tag für unsere Sicherheit einstehen und da sind, wenn andere ihre Hilfe brauchen. Vielmehr ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir als Gesellschaft klarstellen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte inakzeptabel ist! Wir werden weiterhin die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der Einsatzkräfte zu erhöhen und präventive Strategien entwickeln, um solche Vorfälle zu minimieren."

Jugendkriminalität

Insgesamt ist die Anzahl der jugendlichen Tatverdächtigen im Berichtsjahr 2024 um 189 registrierte Tatverdächtige leicht zurückgegangen (vgl. 2023: 3.892). Demgegenüber ist ein Anstieg der jugendlichen Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität um 9,98 Prozent feststellbar. Dies umfasst u.a. Raubstrafaten und gefährliche Körperverletzungen. Auch im Bereich der Jugendkriminalität sind nichtdeutsche Tatverdächtige überproportional repräsentiert. Hinsichtlich der Entwicklungen der Anzahl jugendlicher Tatverdächtiger bei Gewaltkriminalität, ist auch ein Zusammenhang zwischen einem erhöhten Medienkonsum und Jugenddelinquenz erkennbar. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sind immer häufiger und oftmals ungefiltert mit gewaltverherrlichenden Inhalten konfrontiert. Ein potenzieller Gewöhnungseffekt gegenüber Gewaltdarstellungen kann eintreten, welcher den Betroffenen eine gänzlich andere Normalität suggeriert. Nicht zu vernachlässigen sind dabei weiterhin auch die längerfristig andauernden Effekte der zurückliegenden Corona-Pandemie. Für diese Altersgruppe relativ typische Normüberschreitungen waren während der Pandemie nur begrenzt möglich und werden weiterhin verstärkt ausgelebt. Des Weiteren kann ein Anstieg des Gewaltverhaltens von Jugendlichen mit einer erhöhten Akzeptanz von Männlichkeitsnormen und erhöhtem Schulabsentismus einhergehen. Insbesondere sind die Jugendlichen betroffen, welche aufgrund weiterer Risikofaktoren zu einem verstärkten Gewaltverhalten neigen. Bekanntermaßen haben besonders wirtschaftliche und soziale Belastungen einen großen Einfluss auf die Zahl der Gewaltdelikte. Durch Schulabsentismus entziehen sich die Jugendlichen der sozialen Kontrolle ihres Umfelds und sind in dieser Zeit ohne Aufsicht geneigter, kriminelles Verhalten zu zeigen. Dieses Verhalten verstärkt sich, wenn weitere sozialbenachteiligte Jugendliche in ähnlichen Situationen aufeinandertreffen und sich von den Regeln der Gesellschaft abgrenzen wollen. An dieser Stelle müssen Konzepte und umfangreiche Maßnahmen der Gewaltprävention ansetzen. "Auch wenn die Anzahl der jugendlichen Tatverdächtigen insgesamt leicht rückläufig ist, müssen wir uns intensiv mit dem Anstieg der jugendlichen Tatverdächtigen

im Bereich der Gewaltkriminalität auseinandersetzen. Das ist eine große Herausforderung, die wir als Polizei nicht alleine bewältigen können. Vielmehr bedarf es hier - neben einem repressiven - auch eines ganzheitlichen präventiven Ansatzes, der in enger Kooperation mit verschiedenen Akteuren wie Schulen, Beratungsstellen oder Verbänden verfolgt wird. Denn nur durch gezielte Präventionsprogramme, die insbesondere Jugendliche ansprechen, kann die Gewaltspirale frühzeitig durchbrochen und das Abrutschen in die Kriminalität verhindert werden", sagt Gwendolin von der Osten. Der vollständige Bericht PKS 2024 der PD Hannover ist unter <https://www.pd-h.polizei-nds.de/kriminalitaet/polizeiliche-kriminalstatistik-2024-116731.html> abrufbar.